



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7744
VORLAGE

BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND
UND FÜR EUROPA
UND MEDIEN

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

09. Juli 2025

Mein Aktenzeichen
7401-0009#2025/0007-
0201 24.0020
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom
Ansprechpartner/-in / E-Mail
Fabian Christen
Fabian.Christen@stk.rlp.de

Telefon / Fax
06131 – 16 5743

36. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien, am Freitag, den 27. Juni 2025

TOP 5: „Jugendliche, Plattform X und Radikalisierung - Ein Überblick für Rheinland-Pfalz“

Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/7459

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

in der 36. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien, am 27. Juni 2025, hat die Landesregierung den Mitgliedern des Ausschusses zugesagt, den Sprechvermerk zum oben genannten Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

1/4

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131/16-4100
Telefax 06131/16-4107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030/374346-1100
Telefax 030/374346-1200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032/27369729
Telefax 0032/27901333

20. Juni 2025
Spiekermann / 5730
Abteilung 4

Sprechvermerk

**36. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien
am Freitag, den 27. Juni 2025**

**hier: TOP 5: „Jugendliche, Plattform X und Radikalisierung - Ein Überblick für
Rheinland-Pfalz“**

Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/7456

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

soziale Medien gehören inzwischen selbstverständlich zur Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Sie sind fester Bestandteil ihres Alltags und spielen eine zentrale Rolle für ihre gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichzeitig birgt die Nutzung sozialer Medien erhebliche Gefahren — für die jungen Menschen selbst und letztlich auch für die gesamte Gesellschaft. Nicht alle Inhalte, die in sozialen Medien verbreitet werden, sind für Kinder und Jugendliche geeignet. Zwar schreiben die meisten Plattformen in ihren eigenen Nutzungsbedingungen ein Mindestalter von 13 Jahren vor, doch diese Altersangabe wird in der Praxis kaum überprüft. Dadurch nutzen oftmals auch deutlich jüngere Kinder soziale Medien.

Die Unerfahrenheit dieser jungen Nutzerinnen und Nutzer wird gezielt ausgenutzt. Sie kann sowohl zur Anbahnung von Straftaten, zur Selbstgefährdung als auch zur Radikalisierung missbraucht werden.



Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern registrieren seit einigen Jahren eine steigende Zahl von Fällen, in denen sich sehr junge Menschen online radikalieren. Diese Jugendlichen fungieren in der Folge oft selbst als Multiplikatoren extremistischer Ideologien.

Verwendet werden dafür unter anderem sogenannte Microblogging-Dienste wie X. Inzwischen spielen jedoch andere Plattformen, vor allem TikTok und Instagram, eine noch größere Rolle bei der Radikalisierung. Auch Messengerdienste, insbesondere Telegram, haben eine zentrale Bedeutung für extremistische Szenen.

Auch Rheinland-Pfalz ist von diesen Entwicklungen betroffen. Die Verbreitung extremistischer Inhalte kennt keine Landes- oder Sprachgrenzen. Daher ist Rheinland-Pfalz als Teil der digital vernetzten Welt genauso gefährdet wie andere Bundesländer oder Staaten.

Radikalisierung im Netz ist ein komplexes Phänomen, dem nur mit einem Bündel an Maßnahmen begegnet werden kann.

Maßnahmen des Verfassungsschutzes:

Die Landesregierung hat die rechtlichen und praktischen Möglichkeiten des Verfassungsschutzes gezielt erweitert. Auf Grundlage des Ende 2024 fortgeschriebenen Landesverfassungsschutzgesetzes können personenbezogene Daten Minderjähriger zur Durchführung von Jugendschutzmaßnahmen auch dann an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden.

Die Internetaufklärung wurde in den vergangenen Jahren personell, organisatorisch und technisch deutlich gestärkt. Darüber hinaus setzt der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz verstärkt auf Prävention. Die beim Verfassungsschutz eingerichtete Präventionsagentur gegen Extremismus klärt insbesondere Jugendliche in Schulen regelmäßig über extremistische Bestrebungen im Netz und in sozialen Medien auf.

Nachhaltige Verpflichtung der Anbieter:

Die Landesregierung unterstützt die Maßnahmen auf europäischer Ebene, etwa den Digital Services Act (DSA), der Plattformbetreiber stärker in die Pflicht nimmt, Kinder und Jugendliche zu schützen. Gleichzeitig stärken wir auf nationaler Ebene mit dem

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) den technischen Jugendmedienschutz und fördern den altersgerechten Zugang zu digitalen Medien.

Klar ist jedoch: Der Schutz von Kindern und Jugendlichen auf sozialen Medien ist bislang unzureichend. Viele Anbieter kommen ihren Pflichten nicht in ausreichendem Maß nach. Angesichts der erheblichen Gefährdungspotenziale ist daher die Einführung eines festen Mindestalters für soziale Medien eine sinnvolle Alternative.

Förderung von Medienkompetenz:

Medienkompetenz ist Demokratiekompetenz — das zeigt sich gerade beim Thema Radikalisierung besonders deutlich. Die Landesregierung wird daher die bestehenden Maßnahmen zur Vermittlung von Medienkompetenz in Rheinland-Pfalz bündeln und gezielt ausbauen.

In einem ressortübergreifenden Prozess wird gemeinsam mit Partnern wie der Medienanstalt Rheinland-Pfalz, den hier ansässigen Medienanbietern und weiteren Akteuren eine umfassende Strategie entwickelt. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche noch besser in die Lage zu versetzen, digitale Angebote kritisch zu hinterfragen und sicher zu nutzen.